

# Integration und kulturelle Differenz: Bedeutungskonstruktionen und gesellschaftliche Praxis in den aktuellen Migrationspolitiken

<b>INTEGRATION UND KULTURELLE DIFFERENZ: BEDEUTUNGSKONSTRUKTIONEN UND GESELLSCHAFTLICHE PRAXIS IN DEN AKTUELLEN MIGRATIONSPOLITIKEN.....</b>	<b>1</b>
Neuere Entwicklungen in der Migrationspolitik.....	2
Institutionalisierte Ambivalenz.....	3
Der ethnische Imperativ .....	7
Literatur .....	12

In den öffentlichen Debatten, die sich auf den verschiedenen thematischen Ebenen um das Thema der Einwanderung ranken, hat sich in den letzten zwei Jahren scheinbar ein Paradigmenwechsel vollzogen. Einwanderung, etikettiert als „Zuwanderung“, wird mit unterschiedlicher Vehemenz und in unterschiedlicher Akzentuierung als ein gesellschaftliches Erfordernis artikuliert. Die beteiligten politischen und sozialen Protagonisten sind offensichtlich zu einer partiellen Neubestimmung ihrer Grundsatzpositionen gezwungen. Gerungen wird zum einen um die Repräsentation der diesem sozialen Komplex zugrundeliegenden Begriffe und Bedeutungen und zum anderen um die Vermittlung der unterschiedlichen gesellschaftlich-sozialen Interessen auf der Ebene des Normativen. Dabei geht es um die Frage nach der Rolle Deutschlands auf dem Weltmarkt, um den Erhalt der deutschen Konkurrenzfähigkeit im Bereich den Informationstechnologien sowie um die Sicherung sozialer Systeme vor dem Hintergrund demographischer Strukturprobleme. Auf der anderen Seite wird nach wie vor die Gefahr einer „Überfremdung“ Deutschlands durch die, sich der „Integration“ entziehenden und widersetzenden Einwanderer fremdkultureller Herkunft beschworen. Um jene, als schicksalhafte Herausforderungen der Zukunft öffentlich inszenierten Probleme, platzieren sich die Diskurse der politischen und sozialen Protagonisten.

In dem gesellschaftlichen Feld der Migration gruppieren sich die Auseinandersetzungen und Konflikte um den Schnittpunkt der Achsen von Identität und Interesse. Hier ordnen sich gleichsam Bedeutungen an, in denen sich Interessen mit Identitäten und Identitäten mit Interessen verschränken. Die Frage nach den Strukturbedingungen und der Genese von Identität und Interesse innerhalb und zwischen Gruppen mit vermeintlich gemeinsamer Herkunft und Kultur verweist dabei auf den Problembereich der Ethnizität, als eine spezifisch soziale und politische Beschreibungsform gesellschaftlicher Wirklichkeit. In dem hier thematisierten Zusammenhang wird die Frage aufgeworfen, ob sich mit den oben konstatierten Verschiebungen in der bundesdeutschen Einwanderungspolitik auch die Bedeutungsmuster und Beschreibungsformen, mit denen dieser gesellschaftlich-soziale Komplex verknüpft ist, verändert haben.

## Neuere Entwicklungen in der Migrationspolitik

Eine migrationspolitische Neuorientierung bahnte sich Ende der neunziger Jahre an, nachdem insbesondere die Wirtschaftseliten, parteipolitisch flankiert von der FDP, schon seit längerem eine Lockerung der starren Ausländergesetzgebung und eine stärkere Orientierung der Ausländerpolitik am ökonomischen Bedarf angemahnt hatten. Bereits in den neunziger Jahren wurden in einigen Unternehmen firmeneigene Visaabteilungen gegründet, spezialisierten sich Personal- und Unternehmensberatungsgesellschaften auf die Visa- und Arbeitserlaubnisbeschaffung für Fachleute aus dem Ausland.

Im Unterschied zur, ihrem deutschnationalen Klientel verpflichteten CDU, ließ die rot-grüne Bundesregierung gegenüber einer von der Wirtschaft nachdrücklich geforderten Einwanderungspolitik schon bald Pragmatismus walten. Nachdem die Wirtschaftsverbände Anfang des Jahres 2000 das Fehlen von Fachkräften in der IT Branche und damit einen möglichen Verlust der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft in diesem Bereich in die öffentliche Debatte rückten, reagierte die Schröder Regierung recht schnell mit dem sogenannten „Green-Card Erlass“, der „Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für hoch qualifizierte ausländische Arbeitskräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie“<sup>1</sup>, der am 1. August 2000 in Kraft trat und die befristete Beschäftigung von 10.000 bis 20.000 ausländischen IT Spezialisten vorsah. Dagegen gerichtete Vorstöße aus den Unionsparteien, wie die sogenannte „Kinder statt Inder“ Kampagne des nordrhein-westfälischen CDU Vorsitzenden und ehemaligen Forschungsministers Jürgen Rüttgers, scheiterten, im Unterschied zu der hessischen CDU - Initiative gegen die doppelte Staatsbürgerschaft im Jahr 1998/99, diesmal schon im Ansatz. Der rot-grüne Politikansatz erwies sich, vor dem Hintergrund der auch zunehmend medial transportierten Warnung vor einem Fachkräftemangel in Deutschland, als der entschieden zeitgemäßere. Zur Bundestagswahl 1998 angetreten als die Koalition der gesellschaftlichen Modernisierung und mit den, in den achtziger und neunziger Jahren von der Partei der Grünen protegierten Multikulturalismus-Diskursen im Gepäck, war die rot-grüne Bundesregierung recht schnell in der Lage, von ihrer zuvor de-facto- betriebenen Politik der Nicht-Einwanderung abzurücken und sich den neuen Erfordernissen anzupassen.

Im Juni 2000 berief Innenminister Otto Schily eine Einwanderungskommission, in Bezugnahme auf deren Vorsitzende inzwischen bekannt als die „Süßmuth-Kommission“, ein. Wurde seitens der SPD Fraktion im Bundestag noch kurz zuvor die Auffassung vertreten, die sogenannte „Green-Card“ Lösung zwecks schneller Deckung des Personalbedarfs in der IT Branche sei von einem zukünftigen Einwanderungsgesetz zu trennen, welches nur auf einer europäischen Gesamtlösung der Themen Einwanderung und Asyl fußen könne, rückte nun ein „nationales deutsches Interesse“ in dieser Frage in den Vordergrund. Eine gesteuerte und an den ökonomischen und demographischen Interessen des Landes orientierte Einwanderungspolitik wurde mithin zum Politikziel erklärt. Deutschland dürfe in dem Ringen um die weltweit besten Köpfe nicht

---

<sup>1</sup> Deutsches Ausländerrecht, München 2000, S. 105-106

zurückstehen und müsse zum Vorreiter einer modernen Einwanderungspolitik werden, lautete das Credo der rotgrünen Bundesregierung.<sup>2</sup>

Die CDU versuchte sich demgegenüber zunächst mit Interventionen im Bereich des Wertkonservatismus zu positionieren. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Friedrich März, apostrophierte im Sommer 2000 eine „deutsche Leitkultur“, der sich hier lebende Ausländer unterzuordnen hätten.<sup>3</sup> Vor dem Hintergrund überaus kritischer Reaktionen seitens der Wirtschaft begann jedoch auch die CDU, mit der Einsetzung einer parteieigenen „Zuwanderungskommission“, schon bald einen Prozess der Neuakzentuierung ihrer Positionen einzuleiten.

### Institutionalisierte Ambivalenz

Die Debatte zum Thema Einwanderung wird dabei sowohl in den programmatischen Beiträgen der parlamentarischen Parteien und der großen gesellschaftlichen Organisationen, den Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, als auch in der öffentlich-medial geführten Diskussion von den drei zentralen Begriffen, „Zuwanderung“, „Integration“ und „Kultur“ dominiert. In diesen Kategorien kumulieren die gesellschaftlichen Bedeutungen und Zuschreibungen des Gegenstandes. Bezeichnenderweise stehen in der Auseinandersetzung nicht die Begrifflichkeiten selbst, sondern vielmehr deren Repräsentanz d.h. die Frage, wer die den Begrifflichkeiten zugrunde liegenden Bedeutungsgehalte am besten repräsentiert, zur Disposition.

Bis hinein in die wissenschaftliche Diskussion beherrschen die Bezeichnungen „Zuwanderer“ und „Zuwanderung“, als Nominaldefinition der Subjekte und des Objekts der Migration, den aktuellen Diskurs. Eine Definition dieser Kategorie findet sich in dem Bericht der „Unabhängigen Zuwanderungskommission“ unter Leitung von Rita Süßmuth: „Unter ‚Zuwanderung‘ versteht die Kommission alle Arten der Migration, auch diejenigen, die nur einen vorübergehenden Charakter haben, unter ‚Einwanderung‘ die dauerhafte Niederlassung.“<sup>4</sup> Die Herleitung dieser Definition wird nicht näher begründet, vielmehr scheint die bisher eher konnotative Bedeutung der Kategorie „Zuwanderung“ damit expliziert worden zu sein. „Zuwanderung“ firmiert mithin als ein Sammelbegriff, der dauerhafte und vorübergehende Niederlassung umfasst. In dieser dem Begriff inhärenten Unbestimmtheit auf der zeitlichen und phänomenalen Ebene signalisiert seine Verwendung eine fortgesetzte Distanz zum Gegenstand, die sich diesem selbst als politisches und gesellschaftliches Signum einschreibt. Dadurch bleibt der Gegenstand etwas Vages, womit an eine einwanderungspolitische Tradition anknüpft wird, die von der politischen und rechtlichen Ambivalenz zu ihrem Gegenstand geprägt ist. Gleichsam ist der Diskurs von einer engen syntaktische Verbindung der Begriffe „Zuwanderung“ und „Gestaltung“ geprägt. „Zuwanderung gestalten“, ist der Titel des Berichtes der „Unabhängigen „Zuwanderungskommission“, die Partei der Grünen empfiehlt sich mit einer „steuernden Gestaltung“ von „Zuwanderung“<sup>5</sup>, der immer wieder eindringlich

---

<sup>2</sup> Vgl. Barth u.a. 2000, S. 8

<sup>3</sup> Vgl. Marsen, 2000, S. 6

<sup>4</sup> Vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, 2001, S. 2

<sup>5</sup> Vgl. Grüne, 2001, S. 1

vorgetragene Gestaltungswille signalisiert Handlungsfähigkeit gegen die Bedrohung durch eine nicht gestaltete Einwanderung, wie sie Bundesinnenminister Otto Schily in einem Interview in der Wochenzeitung „Die Zeit“ im Juli 2000 apostrophiert. Schily will die politischen Handlungsspielräume für eine „aktive Zuwanderungspolitik“ zur Beseitigung des Arbeitskräftemangels in bestimmten Branchen erweitern, er warnt jedoch vor „ungesteuerte(r) Einwanderung“, als deren Einfallstor das Asylrecht identifiziert wird. Ungesteuerte Einwanderung, so Schily, führe auf Dauer zu inakzeptablen „Belastungen“. Der affimierten „aktiven Zuwanderungspolitik“ stellt Schily damit die negativ artikulierte „ungesteuerte Einwanderung“ entgegen, welche „unsere Handlungsfähigkeit“ deutlich einschränke und „unsere Sozialkassen“ belaste.<sup>6</sup> Die Begriffe „Zuwanderung“ und „Einwanderung“ verdichten sich dabei zu einem Gegensatzpaar, welches einerseits das Motiv der Überfremdung und der Angst vor dem Ansturm der Armen dieser Welt auf die sozialen Sicherungssysteme und andererseits das Bild des hochqualifizierten Computerspezialisten, den „wir“ zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt benötigen, in sich aufnimmt. Das aus den achtziger und neunziger Jahren stammende populistische Motiv von der „Asylantenflut“, welches der politisch und medial inszenierten Angst vor „Überfremdung“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ nachhaltig eingeschrieben ist, wird innerhalb der neueren Einwanderungsdiskurse daher nicht etwa entwertet, sondern lediglich in einer veränderten Form artikuliert. Der ausländische Spezialist löst den ehrlichen „wirklich verfolgten“ Flüchtling als differentielles Element gegenüber dem „unehrlichen Asylanten“ ab. So verschlechtert sich die Position der Flüchtlinge innerhalb dieses differentiellen Systems insgesamt, da im Sektor Flucht gegenüber dem Sektor Expertentum schließlich eine Nivellierung der Bedeutungshierarchien erfolgt. Diese Verschiebungen im System der Bedeutungen haben, wie sich noch zeigen wird, durchaus politische Konsequenzen. Die Hierarchien erzeugen auf diese Weise Wertigkeiten von „gestalteter Zuwanderung“ und „ungesteuerter Einwanderung“, die sich nicht zuletzt an der Verwertbarkeit der Subjekte und an deren darauf orientierte Integrationsfähigkeit ausrichten. Die Kategorie der Integration erhält solchermaßen eine neue Bedeutung. Jahrzehntelang zielte die deutsche Migrationspolitik darauf ab, jene durch die Anwerbung in den fünfziger und sechziger Jahren ins Land geholten ausländischen Arbeitnehmer zu einer Rückkehr ins Heimatland zu bewegen und die dauerhafte Niederlassung eher als ein Ausnahmephänomen zu behandeln. Integrationskonzepte waren daher politisch höchst umstritten und spielten in der konkreten Politik gegenüber ausländischen Migranten eine untergeordnete Rolle. Für die osteuropäischen, als deutschstämmig geltenden Spätaussiedler, die in den neunziger Jahren in großer Zahl nach Deutschland kamen, wurde hingegen eine recht umfassende Infrastruktur an integrativen Hilfen geschaffen, ohne dass sich dies im einem öffentlichen Diskurs über Integration niederschlug. Diese Integrationsmaßnahmen verliefen quasi im Stillen und es ist zu vermuten, dass eine solche Vorgehensweise durchaus von dem Wissen um die, Sozialneid und Rassismen stimulierenden Folgen öffentlicher Diskurse getragen war. Der neuere „Integrationsdiskurs“ stellt in gewisser Weise eine Umkehrung dieser faktischen, jedoch nicht mit konnotativen Bedeutungen überladenen Aussiedlerintegration dar. Denn Art

---

<sup>6</sup> Vgl. „Die Mischung stimmt nicht“, 2000, S. 4

und Ausmaß der öffentlichen Debatten und politischen Willenserklärungen über Integration finden derzeit keine Entsprechung in konkreten Maßnahmen und materiellen Hilfen. In dem neueren Integrationsdiskurs verdichtet sich vielmehr das Bild von einer kulturellen und sozialen Bedrohung in der Warnung vor der Zersetzung des Gemeinwesens durch kriminelle, bandenförmig organisierte Machenschaften bestimmter Gruppen von Migranten sowie vor dem Verlust „*unsere*“ kulturellen Identität durch die Entstehung kultureller Migrantenghettos. Bereits seit den achtziger Jahren und nicht zuletzt Anfang der neunziger Jahre, als die Zahlen der Asylbewerber aufgrund der Grenzöffnungen, der Umbrüche in Osteuropa und der gewaltsamen Konflikte in Südosteuropa sprunghaft anstiegen, wurde wiederholt eine soziale und kulturelle Überforderung der deutschen Gesellschaft durch Migranten apostrophiert. Hatten sich derartige Vorstöße jedoch bisher vornehmlich gegen Flüchtlinge, gegen eine vermeintliche „*Asylantenflut*“, gerichtet, so rücken nun die ehemals angewandenen Arbeitsmigranten und deren Nachkommen in den Mittelpunkt der Diskussion.

Dieses in den Debatten changierende Überfremdungsmotiv wurde vor einigen Jahren in dem Nachrichtenmagazin „*Der Spiegel*“ expliziert. Im April 1997 trat die Zeitschrift mit dem Aufmacher „*Gefährlich fremd – Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft*“ an die Öffentlichkeit.<sup>7</sup> Die Autoren des Artikels beschrieben eine, den Bandenkriegen in den Slums amerikanischer Großstädte gleichende Konfliktkonstellation zwischen unterschiedlichen Migrantengruppen in den deutschen Großstädten, welche durch die Zuwanderung in den zurückliegenden Jahrzehnten entstanden sei. Immer mehr Einheimische, so „*Der Spiegel*“, fühlten sich durch die gewaltbereiten, von einem starken Zusammenhalt geprägten ausländischen Gangs in die Defensive gedrängt, bis zu 40% der angestammten Bundesbürger seien bereits der Auffassung, man müsse sich gegen die vielen Ausländer im Land wehren. Diese Empfindung erhalte durch die täglichen Nachrichten über von Zuwanderern begangene Straftaten zusätzlich Nahrung.<sup>8</sup> Dabei verortete „*Der Spiegel*“ die Bedrohung weniger in den Flüchtlingen und Asylbewerbern, sondern vielmehr in den fest ansässigen Einwanderern, den ca. 600.000 jungen Türken der zweiten und der dritten Generation sowie in den jungen osteuropäischen Aussiedlern.<sup>9</sup> Durch den hohen Grad an Arbeitslosigkeit unter den Zuwanderern entstehe ein gesellschaftliches Spannungsfeld mit erheblicher Sprengkraft, schrieb „*Der Spiegel*“, da nicht zuletzt bedingt durch den Familiennachzug nur noch 29% der in Deutschland lebenden Türken einer sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachgingen. Viele seien daher von Sozialhilfe abhängig. Mit Verweis auf Angaben der „*Expertin des Berliner Landeskriminalamtes für Jugendgruppengewalt*“, Christine Burck<sup>10</sup>, wurde ein eklatanter Anstieg der „*Organisierten Kriminalität*“, der Gewaltdelikte und der Kapitalverbrechen im Bereich der Ausländerkriminalität konstatiert, wobei „junge Türken“ überproportional vertreten seien. In diesem Zusammenhang verzeichnete „*Der Spiegel*“ eine wachsende „*soziale Selbstisolierung*“ der sozial randständigen

---

<sup>7</sup> Vgl. *Gefährlich fremd*, 1997, S. 78 –93

<sup>8</sup> Vgl. *Gefährlich fremd*, 1997, S. 79

<sup>9</sup> Vgl. *Gefährlich fremd*, 1997, S. 84

<sup>10</sup> Vgl. *Gefährlich fremd*, 1997, S. 87

ausländischen Bevölkerungsgruppen. Ähnlich wie in den USA wachse in Deutschland daher die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft, in der, wie Samuel Huntington prognostiziert, die Angehörigen „*verschiedener Zivilisationen*“ sich in ihren eigenen Gemeinschaften gegeneinander isolieren.<sup>11</sup> Durch die Verhärtung einer „*gefährliche(n) Mischung aus Ausgrenzung und Isolation eines Großteils der Türken in Deutschland*“, werde selbst die Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft kaum noch als Lösung empfunden. Der Mehrheitstrend unter türkischen Jugendlichen ist die selbstgewählte Abkapselung, schrieb das Nachrichtenmagazin.<sup>12</sup> Anders als die Angehörigen anderer Nationalitäten seien die Türken den Deutschen ohnehin immer fremd geblieben. „*Der Spiegel*“ resümierte schließlich das Scheitern der Ausländerintegration in Deutschland.

Im Zentrum des Artikels steht mithin das Motiv einer kulturellen Fremdheit und Andersartigkeit, deren Subjekte sich gegen die Kultur der Mehrheitsgesellschaft isolieren, in dieser Fremdheit sozial randständig bleiben, sich als sozial Randständige bandenmäßig organisieren und Straftaten begehen. Dieses Motiv ist inzwischen zum zentralen Topoi des Integrationsdiskurses geworden. Bundesinnenminister Otto Schily warnte in diesem Sinne vor Gegengesellschaften und kulturellen Ghettos, „(...) *Schauen Sie sich doch mal in bestimmten Gegenden Hamburgs um (...)*“<sup>13</sup>, die Vorsitzende der Zuwanderungskommission, Rita Süßmuth, erhob die Forderung, dass es in Zukunft keine rein ethnisch ausgerichteten Diskotheken und Sportvereine mehr geben solle<sup>14</sup>. Mit der Forderung nach mehr Integration wird dabei gleichsam implizit oder explizit die Forderung nach mehr Integrationsbereitschaft der Migranten transportiert, welche entweder mit „*Integrationsanreizen*“ oder mit restriktiven Maßnahmen zu verbessern ist. Einwanderer sollen nach einem Vorschlag der Unabhängigen Zuwanderungskommission vertraglich zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet werden<sup>15</sup>, ähnliche Integrationsmaßnahmen mit verpflichtendem Charakter für neue Einwanderer befürwortet die Bundesausländerbeauftragte Marieluise Beck<sup>16</sup> und schließlich hat die Pflicht zu Integrations- und Sprachkursen auch Eingang in den vom Bundesministerium des Innern vorgelegten Entwurf eines „*Zuwanderungsgesetzes*“ gefunden.<sup>17</sup> Integration jedoch ist dabei insgesamt weniger ein Gegenstand substanzieller Maßnahmen, als vielmehr ein virtuelles Phänomen geworden. Gegenüber den administrativ und politisch geförderten Bemühungen im Bereich der Aussiedlerintegration in den neunziger Jahren hat sich die Kategorie Integration zu einem Symbol der Repräsentanz von Defiziten, zu einer reinen Beschreibungsform mithin, verwandelt. Dass diese vermeintlichen Integrationsdefizite und scheinbar objektiven Problemlagen lediglich einzelne Elemente der vielschichtigen Wirklichkeit migrantischer Lebenslagen abbilden, zeigt eine, ebenfalls im Nachrichtenmagazin „*Der Spiegel*“ erschienene, Notiz vom Juni 2001. Hierin heißt es,

---

<sup>11</sup> Vgl. *Gefährlich fremd*, 1997, S. 88

<sup>12</sup> Vgl. *Gefährlich fremd*, 1997, S. 93

<sup>13</sup> „Die Mischung stimmt nicht“, 2000, S. 4

<sup>14</sup> Vgl. *Terkessides*, 2001, S. 4

<sup>15</sup> Vgl. *Knaup*, u.a. 2001, S. 23

<sup>16</sup> Vgl. *Bojadzjev*, 2000, S. 52

<sup>17</sup> Vgl. *Dahlkamp*, 2001, S.22-25

dass ein großer Teil der 2,4 Millionen in Deutschland lebenden Türken wesentlich besser integriert ist, als gemeinhin angenommen wird. Dies sei dem Ergebnis der ersten repräsentativen Studie, „*Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung in Deutschland*“ zu entnehmen. Danach sind 56% der türkischen Einwanderer gut in Deutschland integriert, weitere 24% verfügen über „*Integrationspotenzial*“. Lediglich „(...) 20% gelten als schlecht integriert – hauptsächlich Frauen und religiöse ältere Männer. Hingegen treffen vier von fünf türkischen Jugendlichen regelmäßig deutsche Freunde<sup>18</sup>“. Zwei Drittel der Befragten spreche gut oder sehr gut Deutsch, nur bei den schriftlichen Leistungen räumten 55% Schwächen ein. Darüber hinaus widerspricht die Studie der gängigen Auffassung, dass die Nutzung türkischer Medien ein Integrationshemmnis darstelle. Der beliebteste Sender ist vielmehr RTL, türkischsprachige Fernsehsender nehmen in dieser Rangfolge erst den dritten Platz ein. Die Sozialforscher konstatieren, dass die Befragten sich zwar mit türkischer Kultur umgeben, diese jedoch den Charakter eines „zweiten Wohnzimmers“ habe, dass auch wieder verlassen werde.<sup>19</sup>

Dennoch ist die Fremdheit und kulturelle Andersartigkeit der „*Zuwanderer*“, verbunden mit der Warnung vor einer, durch Zuwanderung verursachten sozialen Anomie, zu einem bestimmenden Element des Integrationsdiskurses geworden. Es scheint, als müsse man die deutsche Einheit noch einmal vor der Spaltung durch „*ethnische Nischenwirtschaft*“ und kulturelle Ghettoisierung retten. Der Integrationsdiskurs konstruiert den „*kulturell Anderen*“ wahlweise als Subjekt der kulturellen Anpassung oder des Ausschlusses.

### Der ethnische Imperativ

Trotz aller Unterschiede und zum Teil heftigen Anfeindungen, die im Rahmen der politischen und medialen Debatte über Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit zu verzeichnen waren, sind sich die Protagonisten weitgehend einig in der Auffassung, dass es im Kontext der Migration wesentlich um das Phänomen kultureller Differenz und um den Umgang damit gehe. Auf dieser Grundlage positionieren sich die Standpunkte und Beiträge zwischen den, durch die Konzepte der Leitkultur einerseits und der Multikulturalität andererseits, identifizierbaren Polen. Während die Protagonisten der Leitkultur eine weitgehende Nivellierung der kulturellen Andersartigkeit der Einwanderer fordern, plädieren die Vertreter der Multikulturalismuskonzepte für eine Pluralität und damit für die Wahrung und Förderung der kulturellen Eigenständigkeit der unterschiedlichen Gruppen auf der Grundlage der bundesdeutschen Verfassung und der Anerkennung grundlegender Menschenrechtsnormen. Das kulturelle Zusammenleben soll durch gegenseitige Toleranz und Akzeptanz gelingen, wobei die „*interkulturelle Kommunikation*“ und das wechselseitige Verständnis mittels Maßnahmen der Erwachsenenbildung und durch schulische Lernkonzepte einzuüben und zu fördern sei. Dabei teilen jedoch beide Seiten die wesentlichen Implikationen dieses kulturellen Bedeutungssystems. Gegenstand der Auseinandersetzung in der Debatte über Einwanderung und deren „*Gestaltung*“ ist mithin der Umgang mit der kulturellen Differenz, nicht die Effekte kultureller und ethnischer Zuschreibungen als solche. Aus diesem Grund stehen sich die Verfechter der Leitkultur und die Vertreter des

---

<sup>18</sup> Deutsche Heimat, 2001, S. 17

<sup>19</sup> Vgl. Deutsche Heimat, 2001, S. 17

Multikulturalismus in Theorie und Praxis inhaltlich näher, als sie es in der Regel selbst wahrhaben möchten. Das Bild eines „*kulturell Anderen*“ und dessen Wesensfremdheit dominiert den Einwanderungsdiskurs auf Seiten aller daran Beteiligten. Einwanderer werden als Fremde, bis in die Selbstbezeichnung der mit ihnen befassten sozialen Dienste als „*Fremdheitsagentur*“ oder „*Referat Arbeit mit Fremden*“ apostrophiert und als Fremde gedacht, auch wenn sie bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland ansässig sind.

Diesem Fremdeitsbegriff liegt der Bezug auf die Existenz wesensverschiedener kultureller Herkunftsgemeinschaften und auf das Konzept ethnischer Differenz, als ein Ensemble quasi natürlicher Kollektiveigenschaften, zugrunde. Die Einwanderungsdiskussion ist daher von einem ethnisch-kulturellen Imperativ charakterisiert, dessen Genese über die Akzentverschiebungen in der Einwanderungspolitik der jüngeren Zeit hinaus weist. Kultur ist hier unmittelbar an die Herkunft und ein quasi unveräußerlich Wesenhaftes des „*kulturell Anderen*“ rückgebunden. Insgesamt ist festzustellen, dass die Be- und Zuschreibungen in den, die Einwanderungspolitik begleitenden Diskurse, eher Kontinuität denn spektakuläre Brüche repräsentieren.

Beschreibungen der Wirklichkeit entstehen mithilfe von Begriffen und Kategorien, die aus der Komplexität des Wahrgenommenen mittels Bezeichnung etwas Relevantes hervorheben und anderes dadurch gleichzeitig in den Hintergrund treten lassen. Menschen und Organisationen, so formuliert Frank Olaf Radtke, handeln in der Welt auf der Grundlage ihres spezifischen Blicks auf die Welt und sie erblicken die Welt, wie sie sie konstruiert haben.<sup>20</sup> Die Begriffe und Kategorien als Beschreibungsformen der Wirklichkeit, so auch die Kategorie der ethnischen Differenz, haben dabei immer ihre historischen und politisch-sozialen Voraussetzungen.

Das ethnische Kategoriensystem ist ein Produkt der Moderne, es entstand im Zusammenhang mit der Auflösung des religiösen Weltbildes und der Herausbildung des Paradigmas einer auf rationalem Kalkül basierenden Beherrschung, bzw. Aneignung der Welt. Im 18. Jahrhundert entstanden die ersten ethnologischen Klassifikationssysteme, welche sich in den kommenden Jahrzehnten zu einem umfassenden Ordnungsmodell entwickelten, in dessen Mittelpunkt das Konstrukt des „*Volkes*“, als Entität mit unveräußerlichen soziobiologischen oder kulturellen Eigenschaften steht. Dieses Konstrukt hat sich als Bedeutungs- und Kategoriensystem in unterschiedlichen Ausprägungsformen bis heute nachhaltig in den Natur-, aber auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften, im Alltagsdenken der Menschen und in den politisch-sozialen Strukturen, in denen Ethnizität ein wesentliches Element für die Entstehung und Legitimation von Nationen darstellt, verankern können.<sup>21</sup> Dieses Ordnungsmodell ist allerdings insofern ein ideologisches Phänomen, als das scheinbar Natürliche und Unveräußerliche nichts essentiell Gegebenes ist, sondern in sozialen Prozessen erst erzeugt wird. Ethnizität ist damit ein historisch entstandenes Ordnungsmodell und Bedeutungssystem, eine Beschreibungsform gesellschaftlicher Wirklichkeit mithin, deren

---

<sup>20</sup> Vgl. Radtke, 1990, S. 27

<sup>21</sup> Vgl. Hall 1994, 176f



wesentliches Charakteristikum die Konstruktion von Differenzen ist. Auf der Grundlage des ethnischen Ordnungsmodells werden gleichsam Ein- und Ausschlusssysteme geriert, Nationen proklamiert, Zugriffsrechte auf ideelle, materielle und soziale Ressourcen präntendiert oder anderen Gruppen solche Rechte versagt. Ethnische Ein- und Ausschlusssysteme entstehen daher im wesentlichen vor dem Hintergrund distributiver Auseinandersetzungen. Sie stellen eine Form - unter anderen - der sozialen Organisationen der Gesellschaft dar.

Infolge struktureller Veränderungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft, die gekennzeichnet waren von einem ökonomischen Wachstum und einer zeitweiligen, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit, faktisch erzwungenen Entwertung ethnischer Bedeutungssysteme, verloren kollektive ethnische Selbstzuschreibungen zunächst an gesellschaftlicher Relevanz, wenngleich völkisch-ethnische Bedeutungsmuster und Regulationsmechanismen sowohl auf der staatsrechtlichen als auch der politischen Ebene teils hintergründig teils direkt fortwirkten.<sup>22</sup> Eine Entwertung ethnischer Bedeutungssysteme vollzog sich, wie Michael Bommès beschreibt, vor allem auf der Ebene sich herausbildender sozialstaatlicher Regulierungssysteme, die auf der Grundlage des staatlich regulierten Arbeitsmarktes mit speziellen Ein- und Ausschlusssystemen entstanden und für alle an diesem System partizipierenden Individuen gleichermaßen galten. Auf dieser Grundlage, so Bommès, *„(...) etabliert sich im Verlauf der Arbeitsmigration in die BRD eine Geschichte der sozialen Integration, die Gesellschaftsmitgliedschaft erzeugte und die sich in dem Moment, wo dies politisch in Betracht kam, nicht mehr aufheben ließ.“*<sup>23</sup> Der Erwerb sozialer Beteiligungs- und Partizipationsrechte durch Migranten mit verrechtlichten Anwartschaften innerhalb des Sozialstaates forciert gleichsam die Niederlassung der Eingewanderten. Diese werden in dem Maße zu *„normalen Gesellschaftsmitgliedern“*, als sie als *„Marktteilnehmer, Wohnungsnehmer, Patienten, Klienten, Kinder, Schüler in die entsprechenden sozialen Teilsysteme mit einem bearbeitbaren Ausmaß an Friktionen einbezogen werden“*.<sup>24</sup> Bis Anfang der achtziger Jahre war vor diesem Hintergrund die Ethnisierung von Migration nicht aktuell. Eine weitergehende soziale Integration der Zuwanderer wurde allerdings durch die anhaltende politische Ausgrenzung verhindert. Auf diese Weise wurden, wie Radtke bemerkt, die Einwanderer vom sozialstaatlichen Kompromiss zugleich ein- und ausgeschlossen, indem man ihnen eine Sonderposition in der Gesellschaft, mit gesonderten und begrenzten sozialpolitischen sowie politischen Regularien und Ressourcen, zuwies. Vor dem Hintergrund der politisch ungeklärten und ambivalenten Einwanderungssituation entstand gleichsam das Erfordernis von speziellen Organisationsformen und spezifischen, dass Besondere der Situation erfassenden, Beschreibungsformen. Auf der sozialpolitischen Ebene erschien es sowohl zur administrativen Bewältigung sozialer Anwartschaften und Partizipationsrechte, als auch zur Abwehr weitergehender Ansprüche opportun, die Kategorie *„Ausländer“* zu etablieren. Den Wohlfahrtsverbänden fiel dabei die Aufgabe zu, sozialarbeiterisch vermittelnd zwischen die Instanzen der

---

<sup>22</sup> Vgl. Bommès, 1994, S. 368

<sup>23</sup> Bommès, 1994, S. 369/370

<sup>24</sup> Bommès, 1994, S. 370

Sozialverwaltung und den „ausländischen Mitbürgern“ zu treten. Im Kontext der Aufteilung der Klientel entschied man sich für das Kriterium der nationalen Herkunft und der „Kultur“, worin sich gleichsam die Kriterien Sprache und Religion verbänden. Radtke bemerkt, dass die Aufladung von „Kultur“ mit Konfession Unterscheidungen in die Gesellschaft einführte, *die im Zuge der Modernisierung und Säkularisierung der Bundesrepublik ihre Bedeutung weitgehend verloren hatten, und die auch in den Herkunftsländern nicht Teil der Staatsideologie waren.*<sup>25</sup> Vor diesem Hintergrund erwies sich der Begriff „multikulturelle Gesellschaft“ zumindest in Teilbereichen der Gesellschaft als probates Mittel, sowohl den Einwanderungstatbestand als auch die rechtliche und soziale Differenz der Einwanderer kulturell zu beschreiben und mithin kategorial zu erfassen. Kulturelle Bezugspunkte entwickelten sich so zu bedeutungsgebenden Faktoren, die (...) *eine Orientierung in der zunehmend unübersichtlicher werdenden Situation in den großen Städten (boten)*<sup>26</sup>. Soziale, sozioökonomische und politische Interessenskonflikte wurden mithin zunehmend als Identitätsprobleme artikuliert. Insbesondere die Pädagogik, als Handlungs- und Subjektwissenschaft ohne Zugriff auf benachteiligende und diskriminierende Strukturen, deutete Konflikte zwischen Einwanderern und Ansässigen einerseits als subjektive, kulturelle Anpassungsschwierigkeiten und andererseits als falsches Bewusstsein und Sozialisationsmangel aus, dem mit interkulturellem Lernen und interkultureller Toleranz im Rahmen einer multikulturellen Gesellschaft zu begegnen sei. *„Für Ansässige und Zugewanderte wurde die Bedeutung ethnischer Differenz zum Lerngegenstand“*, wie Radtke formuliert.<sup>27</sup>

Mit der Konstruktion ethnischer Bedeutungswelten im Multikulturalismuskurs, der insbesondere auf den Ebenen der Pädagogik, der Sozialen Arbeit und der Sozialpolitik konzipiert wurde und der breiten gesellschaftlichen Rezeption dieses Konzeptes, setzte sich die Beschreibung von Migrationprozessen und den sich daraus ableitenden Konflikten in ethnischen Imperativen durch. Einwanderer übernehmen nunmehr ihrerseits diese hegemonialen gesellschaftlichen Deutungsmuster, migrantische Identitäten richten sich an dem ethnischen Imperativ aus. In diesem Kontext erhalten soziokulturelle und religiöse Spezifika, die im Herkunftsland der Migranten ihre Alltagsrelevanz bereits eingebüßt haben bzw. gesellschaftspolitisch sogar geächtet sind, wie z.B. das Kopftuch-tragen am Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine neue symbolische Bedeutung für die Ausformung ethnischer Differenz und ethnischer Identität. Derartige Symbole sind jedoch aktuell nichts „*typisch türkisches*“ oder „*typisch muslimisches*“, sondern symbolische Repräsentanzen ethnisch artikulierter migrantischer Identität.

Noch in den achtziger Jahren spielte die „*Ethnizitätssemantik*“ des Multikulturalismuskurses außerhalb der mit Migration befassten Zirkel und Institutionen nur eine marginale Rolle. Erst vor dem Hintergrund neuer soziostruktureller und politischer Gegebenheiten bekamen ethnische Diskurse auf der Ebene der Migrationspolitiken und der Migrationsdebatte eine neue gesellschaftliche Relevanz. Die

---

<sup>25</sup> Radtke, 1990, S. 30

<sup>26</sup> Radtke, 1990, S. 30

<sup>27</sup> Vgl. Radtke, 1990, S. 31

seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme weltweit zu beobachtenden sozioökonomischen und politischen Verwerfungen haben eine Zunahme von, auf die Zentren zielende, Wanderungsbewegungen an der europäischen Peripherie hervergebracht. Auf diese Herausforderung reagieren die reichen, nationalen Sozialstaaten mit einem wachsenden Bedürfnis nach Mitteln und nicht zuletzt auch Kriterien der sozialen Schließung.<sup>28</sup> In Deutschland, dass neben den Folgen der zunehmenden weltweiten Vernetzung der Ökonomien und begleitenden ökonomischen Strukturveränderungen überdies die Kosten der „Vereinigung“ sozial, ökonomisch und politisch zu bewältigen hatte, sind die Diskurse seit Beginn der neunziger Jahre sowohl national als auch ethno-kulturell artikuliert. Sie vollziehen einen Anschluss „(...) *einerseits an die Patriotismusvarianten der Kriegs- und Vorkriegsgeneration, die die Inszenierung der Vereinigung zum Teil durchaus gegen die Nachkriegsgeneration in die Hand genommen und durchgesetzt haben und andererseits an die modernisierte Version der Ethnizitäts- und Nationalitätssemantik, wie sie im skizzierten Multikulturalismus-Diskurs der Organisationen hervorgebracht worden ist und vor allem in der Debatte um Asyl und Zuwanderung ins Spiel gebracht wird.*“<sup>29</sup> Die Kategorien „Kultur“ und „Integration“ in den neueren Migrationsdebatten knüpfen mithin unmittelbar an die im Multikulturalismus gerierten ethnischen Bedeutungsmuster an. In den neueren Migrationspolitiken ändern sich daher nicht etwa die Bedeutungsstrukturen, auch wenn es so scheint, als habe mit dem Eingeständnis, Zuwanderung finde statt und sei notwendig, ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Vielmehr geht es um eine Flexibilisierung des Ausländerrechts, die darauf zielt, einerseits ein besseres Instrumentarium für die Abwehr unkontrollierbarer Einwanderung, und andererseits eine größere Durchlässigkeit für ökonomisch nachgefragte, jedoch nicht auf dem nationalen Markt rekrutierbare Arbeitskräfte, zu schaffen. Die jüngeren Migrationspolitiken stellen daher eine politische und rechtliche Anpassung an globale ökonomische Strukturveränderungen dar, die häufig unter dem Stichwort „Globalisierung“ subsummiert werden. Bundesinnenminister Otto Schily wird nicht müde zu betonen, der von ihm und seinem Ministerium vorgelegte Entwurf eines „Zuwanderungsgesetzes“ diene in erster Linie der Begrenzung und Steuerung von „Zuwanderung“. Diese Aussage hat nicht lediglich einen legitimatorischen und wahltaktischen Charakter, sondern trifft den substanziellen Kern des Gesetzeswerkes. Die derzeitige Vielfalt der Aufenthaltsgenehmigungen und partiellen Bleiberechtsmodalitäten, die auch Flüchtlingen, die kein formelles Aufenthaltsrecht haben, unter bestimmten Bedingungen eine semi-legale Aufenthaltsmöglichkeit einräumen, sollen auf zwei Aufenthaltstitel, die befristete und die unbefristete Aufenthaltserlaubnis, reduziert werden. Geplant ist eine „*strikte Durchsetzung der Ausreisepflicht*“ gegenüber Flüchtlingen, deren Asylantrag abgelehnt wurde bzw. die keine Aufenthaltserlaubnis als Kriegsflüchtlinge erhalten. Neben der Reduzierung bis hin zur gänzlichen Streichung von Leistungen zur Existenzsicherung ist, zwecks Durchsetzung der Ausreisepflicht, künftig die Kasernierung der Betroffenen in sogenannten Ausreisezentren geplant. Auf der anderen Seite sieht der Gesetzesentwurf eine flexible, an dem jeweiligen ökonomischen Bedarf jährlich neu zu bestimmende

---

<sup>28</sup> Vgl. Bommers, 1994, S. 373

<sup>29</sup> Bommers, 1994, S. 373/374

Zuwanderungsquote vor, die gegebenenfalls auch auf null reduziert werden kann. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wird dabei von der Bereitschaft, an Integrationskursen teilzunehmen, in denen neben Deutschkenntnissen auch Staatsrechtskenntnisse zu vermitteln sind, abhängig gemacht. Hochqualifizierte genießen gegenüber anderen Bewerbern besondere Privilegien. So können sie sofort eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, der Kindernachzug ist hier bis zum achtzehnten Lebensjahr gestattet, während für andere Einwanderer künftig die Nachzugsgrenze auf das zwölfte – vom derzeit sechszehnten – Lebensjahr herabgesetzt wird.<sup>30</sup>

Die neueren Migrationspolitiken sind daher prononciert am ökonomischen Interesse des Einwanderungslandes und seiner Eliten orientiert. Der Integrationsdiskurs erfüllt dabei, unabhängig von den Intentionen einzelner Protagonisten, die Funktion, die Ethnizitätssemantik für die Herstellung von Zustimmung und für die Umsetzung der modernisierten Migrationspolitiken entlang der Koordinaten Abwehr und Verwertungszweck verfügbar zu machen. „*Der Andere*“ symbolisiert in diesem Kontext den vermeintlich ökonomisch nicht verwertbaren und sozial unerwünschten Teil der Migranten, welcher gleichsam als „*kulturell fremd*“ artikuliert ist. Politische Ziele und Absichten verschränken sich daher auf besondere Weise mit ethnischen Bedeutungen und schöpfen aus diesen ihre kategorialen Systeme und in diesem Rahmen die Art und Weise, wie über Migration und Migranten kommuniziert wird. Dabei besteht allerdings immer die Gefahr, dass sich die Ethnizitätsdiskurse gegenüber den sozioökonomischen und politischen Interessen verselbstständigen und ein – in diesen Fällen zumeist gewalttätiges – Eigenleben annehmen. Die Ethnizitätssemantik bewegt sich daher auf einem schmalen Grad der Effizienz. Verlässt sie diesen Grad, so sind aufwendig inszenierte Lichterketten und Bündnisse für Toleranz notwendig, um der Welt, und mithin den „*hochqualifizierten Spezialisten*“, vorzuführen, dass Deutschland ein „*tolerantes und fremdenfreundliches Land*“ ist. Unabhängig von migrationspolitischen Zielsetzungen - die und in einer pluralistischen Gesellschaft durchaus diskutabel sein sollten – wird eine demokratische Debatte über Migration, in der nicht gleichsam wiederum selbst ideologisierende Effekte reproduziert werden, erst dann möglich sein, wenn nicht nur über die Repräsentation der ethnischen Kategorien, sondern über diese selbst gestritten wird.

Achim Beinsen

## Literatur

- (Deutscher Bundestag – 14 Wahlperiode, Drucksache 14/3339), 10.05.2000
- „Die Mischung stimmt nicht“ / Zeit-Interview mit Otto Schily. In: Die Zeit, Nr. 30, v. 20.07.2000

---

<sup>30</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren: Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern. URL: [http://www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/ix\\_50819.htm](http://www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/ix_50819.htm)

- „Falsche Signale“, Interview mit dem saarländischen Ministerpräsident Peter Müller. In: Der Spiegel, Nr. 46, v. 2000, S. 35
- „Wiesbadener Grundsätze – Für eine liberale Bürgergesellschaft“: Beschluss, 48. ord. Bundesparteitag der F.D.P. in Wiesbaden, v. 23.-25.05.97
- Albers, Georg: Ethno-soziale Konflikte in Deutschland. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Nr. 3 / 4 –2000, S. 24 – 29
- Augstein, Rudolf: „Meine Leitkultur war jüdisch“. In: Der Spiegel, Nr. 47 v. 20.11.2000, S. 30
- Bade, Klaus. J: Einwanderung und die Angst davor. In: Frankfurter allgemeine Zeitung, Nr. 267, v. 16.11.2000
- Barth, Vanessa / Karakayli, Serhat / Mestre, Laura: Humankapital mit Sondererlaubnis. In: jungle world, Nr. 13, v. 22.03.2000, S. 8
- Baumann, Jochen / Diefenbach, Katja: Das deutsche Ich. In: jungle world, Nr. 46, v. 08.11.2000, S. 7
- Baumann, Jochen: Green Card wird Blue Card. In: jungle world, Nr. 29, v. 12.07.2000, S. 8
- Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ (Zusammenfassung): Zuwanderung gestalten / Integration fördern, Zeitbild Verlag GmbH, Berlin 2001
- Bojadzjev, Manuela: Deutscher Service. In: jungle world, Nr. 52, v. 20.12.2000, S. 52
- Bommes, Michael: Migration und Ethnizität im modernen Nationalstaat. In: Zeitschrift für Soziologie, Jhg. 23, Heft 5, Stuttgart 1994, S. 364-337
- Brandt, Jan: „Da muss doch was...“ In jungle world, Nr. 50, v. 06.12.2000, S. 8-9
- Bundesministerium des Inneren: Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern. URL: [http://www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/ix\\_50819.htm](http://www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/ix_50819.htm)
- Czukay, Irina: Das System will atmen. In : jungle world, Nr. 24, v. 06.06.2001, S. 8
- Deutsche Heimat. In: „Der Spiegel“, Nr. 25, v. 18.06.2001, S. 17
- Deutscher Bundestag – 14 Wahlperiode, Drucksache 14/3339
- Deutscher Bundestag – 14 Wahlperiode, Drucksache 14/O
- Deutscher Bundestag – 14 Wahlperiode, Drucksache 14/O, v. 27.06.2000
- DGB Bundesvorstand (AK Migration), Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg in 21. Jahrhundert“, Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Arbeitskreis Migration zur Migrations-, Flüchtlings und Anti-Diskriminierungspolitik, Mitteilungen zur Migrationspolitik, 09.November 1998, Quelle: [www.dgb/daten/migration.doc](http://www.dgb/daten/migration.doc)
- Elwert, Georg: Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41 (1989), S. 440-464
- F.D.P. Bundestagsfraktion, Pressemitteilung Nr. 243, v. 24 Februar 2000
- F.D.P. Bundestagsfraktion, Pressemitteilung Nr. 332, v. 14. März 2000

- Gefährlich fremd; In: Der Spiegel, Nr. 16 v. 14.04.1997, S. 78 –93
- Geiss, Imanuel: Geschichte des Rassismus, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1988
- Grüne; 16. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, Beschluss: Grüne Einwanderungspolitik: Kultureller Pluralismus und Integration, BDK Stuttgart, 9.-10.März 2001
- Hall, Stewart: Rassismus und kulturelle Identität, Argument Verlag, Hamburg 1994
- Heinrichs, Hans Jürgen: Abstossung und Integration. In: Boehncke, einer / Wittich, Harald: (Hg.): Buntes Deutschland / Ansichten zu einer multikulturellen Gesellschaft. Originalausgabe, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 1991
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz / Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland: „...und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“ Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht, Gemeinsame Texte Nr. 12, Bonn / Frankfurt a.M. / Hannover 1997
- Knaup, Horand / Mestmacher, Christoph: „Jedes Steinchen umgedreht“. In: Der Spiegel, Nr. 22, v. 25.05.2001, S. 22 – 25
- Kunstreich, Tjark: Das gleiche Pack. In: konkret, Heft 9, v. 09.09.2000, S. 15 - 17
- Loeper, Danwart / Loeper Angelika (Hrsg.). Handbuch der Asylarbeit, 3. Aufl., Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2000
- Lorentz, Frank: Ein Donnerstag im November. In: jungle world, Nr. 47, v. 15.09.2000, S. 19
- Marsen, Thies: Leitkultur als Leitmotiv. In: jungle world, Nr. 44, v. 25.10.2000, S. 6
- MdB-Pressedienst / PDS im Bundestag, Thema Einwanderungspolitik / CDU, Nr. 2074, v. 07.11.2000
- Merkel, Angela: Wir sind weiter als alle anderen. In: UID / Fakten und Argumente, Nr. 35, v. 09.11.2000, S. 1 u. 3
- Merkl, Gerhard: Integration ist keine Einbahnstraße. Redebeitrag in der Landtagsdebatte zum Thema „Ausländerintegration“ v. 2. Februar 2000. Quelle: [http://www.csu.bayern.landtag.de/dos/ausl\\_integr\\_2\\_merkl.htm](http://www.csu.bayern.landtag.de/dos/ausl_integr_2_merkl.htm)
- Noack, Hans-Joachim: Harte Worte einer Frohnatur. In: Der Spiegel, Nr. 46/2000, S. 30-32
- Oberndörfer, Dieter: Was ist eigentlich ein integrierter Deutscher? In: iza Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, 1 – 2001, S. 10-13
- Pankow, Horst: Ruck gegen Rechts? In: konkret, Heft 9, v. 09.09.2000, S. 12-14
- Rabitz, Cornelia: Müssen Juden Angst haben? Gespräch mit Otto Schily. In: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 55. Jg., Nr. 8, v. 13.04.00, S. 1
- Radtke, Frank-Olaf: Multikulturell – Das Gesellschaftsdesign der 90er Jahre? In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, Nr. 4/90, S. 27 – 34
- Roth, Claudia: Kultur der Menschenrechte statt deutsche Leitkultur. In: Bündnis 90 / Die Grünen, Bundestagsfraktion, Schreiben v. 09.05.2001b, (Einsehbar beim Autor)

- Schnarrenberger, C: „Butterbrot“ - Papier der CSU Landesgruppe zur Beseitigung von sogenannten Zuwanderungsanreizen ist rutschig. FDP Bundestagsfraktion, Pressemitteilung v. 05.01.2001
- Schulte, Axel: Multikulturelle Gesellschaft: Ideologie oder realistische Perspektive? In: IZA/Informationen zur Ausländerarbeit, Nr. 4 / 90, 1990, S. 19-26
- Schulte, Axel: Soziale Konflikte und politische Konfliktregulierung in der multikulturellen Einwanderungsgesellschaft. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Nr. 3 / 4 –2000, S. 14 – 23
- Seeßlen, Georg: Wir tun so was nicht. In: jungle world, Nr. 7, v. 07.02.2001, S. 16-18
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Der Parteivorstand; Zeichen US/BR / Schreiben vom 10.05.2001a, (Einsehbar beim Autor)
- Terkessides, Mark: In der deutschen Diskothek. In: jungle world, Nr. 2, v. 03.01.2001, S. 08
- Thesen zur Einwanderungspolitik / Ein Diskussionsangebot von Petra Pau. In: MdB-Pressedienst / PDS im Bundestag, Thema Einwanderung, Nr. 2119, v. 15.11.2000
- Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.: Die 8 BDI-Thesen zur Zuwanderungspolitik, Quelle: [www.bdi-online.de](http://www.bdi-online.de)
- Vgl. Dahlkamp, Jürgen u.a: Im Namen des Volkes. In: Der Spiegel, Nr. 32, v. 06.08.2001, S.22-25
- Wartenberg, Ludolf von: Warum befasst sich die Industrie mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus? In: BDI Symposium mit Fachvorträgen und Podiumsdiskussion im Haus der Deutschen Wirtschaft am 24. September 2000 in Berlin, <http://www.bdi.de>
- Weber, Anne Françoise: Sprachkurse für Ruderer. In: jungle world, Nr. 17, v. 18.04.2001, S. 8
- Westerwelle, G: Den Wettbewerb um die klügsten Köpfe aufnehmen, F.D.P. Bundestagsfraktion, Pressemitteilung Nr. 531 v. 13. April 2000
- Westerwelle, G: F.D.P. als Wegbereiter einer vernünftigen Politik, F.D.P. Bundestagsfraktion, Pressemitteilung Nr. 717 v. 7.Mai 1999, S. 3
- Westerwelle: F.D.P. beharrt auf Zeitplan bei Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. In: fdk frei demokratische Korrespondenz, Ausgabe 107 v. 20.04.1999, S. 1
- Wir wollen eine vernünftige Zuwanderungspolitik. In: UID Dokumentation, Nummer 35 v. 09. Nov. 2000
- Wirner, Stefan: Wende gewonnen!. In: jungle world, Nr. 51, v. 13.12.2000, S. 24